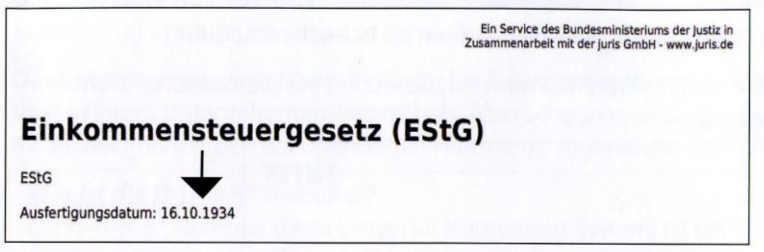

Was einem irgendwie
keiner erklären kann,
oder:
Ein paar Fragen,
die Sie einem Beamten
besser nicht stellen...
... er kann sie nämlich nicht beantworten,
obwohl er es können müsste.
I
Unwissenheit
Vertuschung
Macht
Recht
Geld

Inhaltsangabe:

Skurriles zum Thema Steuern - oder - Was selbst Finanzbeamte nicht wissen (wollen).

Wussten Sie, dass das Einkommensteuergesetz aus dem Jahre 1934 stammt? Ja richtig 1934. Die BRD gibt es übrigens erst seit 1949. Komisch oder?


Ein Service des Bundesministeriums der Justiz in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

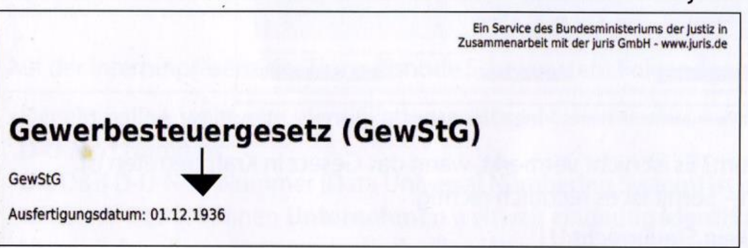
Einkommensteuergesetz (EStG)

EStG

Ausfertigungsdatum: 16.10.1934

Quelle: Bundesministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/estg/gesamt.pdf

Eine andere wunderliche Begebenheit finden wir auch beim Gewerbesteuergesetz. Was ja für alle Gewerbetreibenden bindend ist. Zumindest wird einem das ja immer vorgemacht.


Ein Service des Bundesministeriums der Justiz in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

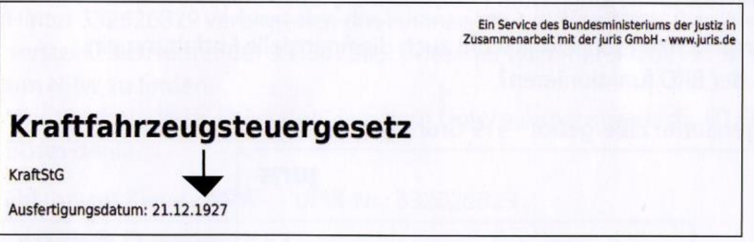
Gewerbesteuergesetz (GewStG)

GewStG

Ausfertigungsdatum: 01.12.1936

Quelle: Bundesministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gewstg/gesamt.pdf

Was auch viele von uns angeht, ist das Kraftfahrzeugsteuergesetz. Laut Kraftfahrtbundesamt gab es 2012 3,08 Millionen Neuzulassungen, von den schon angemeldeten Fahrzeugen sprechen wir hier gar nicht erst. Ist es da nicht ziemlich komisch, dass das Kraftfahrzeugsteurgesetz aus dem Jahre 1927 stammt?


Ein Service des Bundesministeriums der Justiz in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

Kraftfahrzeugsteuergesetz

KraftStG

Ausfertigungsdatum: 21.12.1927

Quelle: Bundesministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/kraftstg/gesamt.pdf

ELSTER das „diebische" Steuer-Schenkungsprogramm

Vielleicht kennen Sie das Steuerprogrtamm ELSTER. Haben Sie sich die Nutzungsbedingungen mal genau angesehen? Wenn man sich die Nutzungsbedingungen des Programms ansieht, findet man Folgendes:

§ 6 Haftung

(2) Im Übrigen haftet die Steuerverwaltung nach den gesetzlichen Vorschriften des Schenkungsrechts.

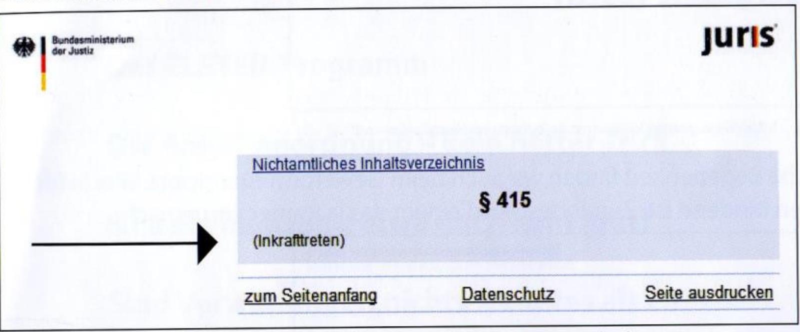
Quelle: bayrisches Landesamt für Steuern https://www.elster.de/elfo_down2.php

Bezieht sich das mit dem Schenkungsrecht, nur auf das ELSTER-Programm oder auf den ganzen „Steuerzwang"?

Die Abgabenordnung – Kein netter Trick

Aber schauen wir mal weiter. Es gibt ja noch einiges, mit dem das Finanzamt versucht, uns einzuwickeln. Die Abgabenordnung ist z.B. so ein Ding. Nein, sie stammt nicht aus vorchristlicher Zeit, sondern aus dem Jahre 1976. Das macht aber nichts, denn sie ist auch nicht gültig.

Sie ist nicht bindend, weil Sie nicht in Kraft ist. Wenn ein „Gesetz" / eine „Verordnung" nicht in Kraft ist, ist es auch nicht rechtens.



Quelle: Bundesministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/ao_1977/__415.html

Warum steht dort kein Datum? Es ist nicht vermerkt, wann das Gesetz in Kraft getreten ist. Dort steht nur Inkrafttreten – Somit ist es rechtlich nichtig.

Keine Abgabenordnung kein Steuerrecht !!!

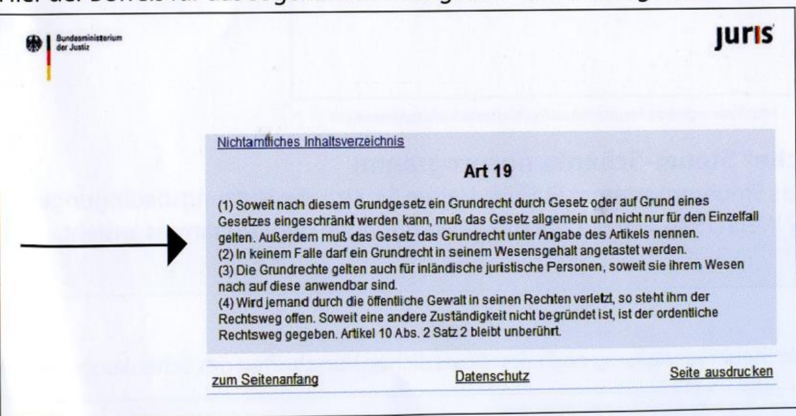
Ein anderes wichtiges Kriterium ist das so genannte Zitiergebot. Ein Gesetz muss, wenn es die Grundrechte beschneidet, angeben, dass es dies tut. Dies ist eine zwingende Voraussetzung. Wenn die Grundrechtsbeschneidung nicht angegeben wird, ist das Gesetz ungültig!

Eines unserer Grundrechte ist das Recht auf freie Entfaltung (vergl §2 Grundgesetz)

> Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit,

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit schließt ja wohl auch die finanzielle Entfaltung ein. Wie sollte es denn sonst in der BRD funktionieren?

Hier der Beweis für das sogenannte Zitiergebot §19 Grundgesetz



Bundesministerium der Justiz

juris

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

Art 19

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

zum Seitenanfang Datenschutz Seite ausdrucken

Quelle: Bundesministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_19.html

Wie im Art 19 Grundgesetz explizit vermerkt ist, muss die Grundrechtsbeschneidung angegeben werden. Nur in der gesamten Abgabenordnung ist hierüber nichts zu finden !

Ist das Finanzamt etwa doch kein Amt? - oder – Wie man uns zu Unrecht ausnimmt.

Glückwunsch, wenn Sie bis hierhin durchgehalten haben. Jetzt verlassen wir aber den Bummelzug und steigen in den Express. Also festhalten.

Das Unternehmensverzeichnis UPIK von Du & Bradstreet (Bisnode) führt einige „komische" Firmen in ihrem Unternehemensverzeichnis. Aber schauen wir eben, was Dun & Bradstreet über ihr Verzeichnis mit den dazugehörigen Nummern, sogenannte DUNS-Nummern schreibt.

Was ist die D-U-N-S® Nummer?
Die D-U-N-S® Nummer (Data Universal Numbering System) ist ein 9-stelliger Zahlencode, der 1962 von D&B entwickelt und eingeführt wurde, um **Unternehmen** weltweit eindeutig identifizieren zu können. Die D-U-N-S® Nummer ist der Schlüssel zu über 150 Millionen **Unternehmensdaten** (Stand 6/2009), die in der D&B Datenbank gespeichert sind.

Quelle: http://www.bisnode.ch/data/docs/download/1322/de/Broschuere-DUNS.pdf (Seite Zwei, rechts unten, in der Broschüre)

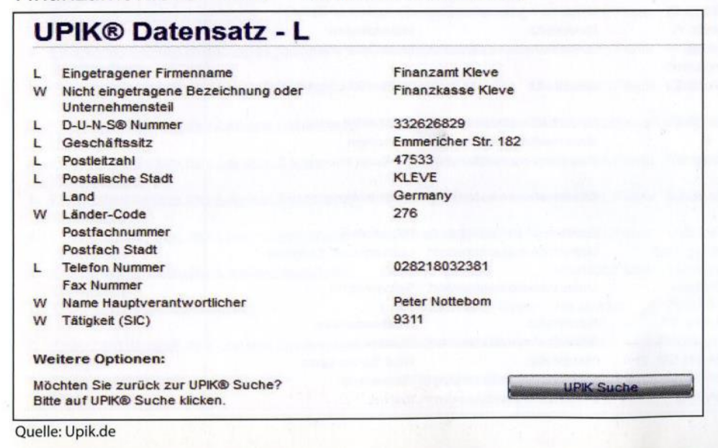
Auf der Internetpräsenz der Firma Bisnode Schweiz steht Folgendes:

Der einmalige, weltweite Identifikationsschlüssel
D-U-N-S® Nummer
Die D&B D-U-N-S® Nummer (Data Universal Numbering System) ist ein neunstelliger Zahlenschlüssel. Damit können **Unternehmen** weltweit eindeutig **identifiziert** werden. **Firmen** lassen sich so ihren **Muttergesellschaften, Niederlassungen, Hauptsitzen und Filialen** zuordnen und schaffen so Transparenz.

Warum diese Information wichtig ist? Naja, Sie können ja mal folgende Nummern bei der UPIK.de Suche eingeben:
332626829 oder **331317383** oder **342032197**

Hinter 332626829 verbirgt sich das Finanzamt aus Kleve NRW. Das Finanzamt aus Münster NRW versteckt sich hinter der 331317383. Unter der Nummer 34202197 ist sogar das Finanzministerium NRW zu finden.
Was machen diese „Behörden" in einem Unternehmensverzeichnis? Ein Schelm ist, wer hier Böses denkt.

Finanzamt Kleve NRW UPIK-Nr.. 332626829



UPIK® Datensatz - L

L	Eingetragener Firmenname	Finanzamt Kleve
W	Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	Finanzkasse Kleve
L	D-U-N-S® Nummer	332626829
L	Geschäftssitz	Emmericher Str. 182
L	Postleitzahl	47533
L	Postalische Stadt	KLEVE
	Land	Germany
W	Länder-Code	276
	Postfachnummer	
	Postfach Stadt	
L	Telefon Nummer	028218032381
	Fax Nummer	
W	Name Hauptverantwortlicher	Peter Nottebom
W	Tätigkeit (SIC)	9311

Weitere Optionen:

Möchten Sie zurück zur UPIK® Suche?
Bitte auf UPIK® Suche klicken.

UPIK Suche

Quelle: Upik.de

Finanzamt Rosenheim Bayern UPIK-Nr.. 342835029

UPIK® Datensatz - L

L	Eingetragener Firmenname	Bayerisches Landesamt für Steuern
L	Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	Finanzamt Rosenheim
L	D-U-N-S® Nummer	342835029
L	Geschäftssitz	Wittelsbacherstr. 25
L	Postleitzahl	83022
L	Postalische Stadt	Rosenheim
	Land	Germany
W	Länder-Code	276
	Postfachnummer	
	Postfach Stadt	
L	Telefon Nummer	080312010
	Fax Nummer	
	Name Hauptverantwortlicher	
W	Tätigkeit (SIC)	9651

Quelle: Upik.de

Dies ist nur ein Teil des Ergebnisses, das Sie finden, wenn Sie auf UPIK.de nach Finanzamt in Deutschland suchen.

Trefferliste zur UPIK® Suche

Um zur Detailansicht der Geschäftspartnerinformationen zu gelangen, müssen Sie auf eine Unternehmensnamen klicken.

L	Finanzamt Forchheim	Dechant-Reuder-Str. 6	Unternehmensstandort	Forchheim
L	Finanzamt Kaufbeuren	Remboldstr. 21	Unternehmensstandort	Kaufbeuren
L	Finanzamt der Stadt Bernkastel-Kues	Cusanusstr. 21	Unternehmensstandort	Bernkastel-Kues
L	Finanzamt Stuttgart-Körperschaften	Paulinenstr. 44	Unternehmensstandort	Stuttgart
L	Finanzamt Emmendingen	Bahnhofstr. 1-3	Unternehmensstandort	Emmendingen
L	Finanzamt 372 für Groß- und Konzern BP Herne	Hauptstr. 123	Unternehmensstandort	Herne
L	Finanzamt Münster - Innenstadt	Münzstr. 10	Unternehmensstandort	Münster
L	Finanzamt Michelstadt	Erbacher Str. 48	Unternehmensstandort	Michelstadt
L	Finanzamt Eisenach	Ernst-Thälmann-Str. 70	Hauptsitz	Eisenach
L	Finanzamt Passau	Innstr. 36	Unternehmensstandort	Passau
L	Finanzamt Alsfeld (Leine)	Ravenstr. 10	Unternehmensstandort	Alfeld (Leine)
L	Finanzamt Northeim	Graf-Otto-Str. 31	Unternehmensstandort	Northeim
L	Finanzamt Aalen	Bleichgartenstr. 17	Unternehmensstandort	Aalen
L	Finanzamt Landsberg	Israel-Beker-Str. 20	Unternehmensstandort	Landsberg am Lech
L	Finanzamt Mitte/Tiergarten	Neue Jakobstr. 6	Unternehmensstandort	Berlin
L	Finanzamt Bremen - Mitte	Rudolf-Hilferding-Platz 1	Unternehmensstandort	Bremen
L	Finanzamt Potsdam-Land	Steinstr. 104-106	Unternehmensstandort	Potsdam
L	Finanzamt Balingen	Jakob-Beutter-Str. 4	Unternehmensstandort	Balingen
L	Finanzamt Riedlingen	Kirchstr. 30	Unternehmensstandort	Riedlingen
L	Finanzamt Kempten	Am Stadtpark 3	Unternehmensstandort	Kempten (Allgäu)
L	Finanzamt Memmingen	Bodenseestr. 6	Hauptsitz	Memmingen
L	Finanzamt der Stadt Idar-Oberstein	Hauptstr. 199	Unternehmensstandort	Idar-Oberstein
L	Finanzamt Gelsenkirchen-Nord	Rathausplatz 1	Hauptsitz	Gelsenkirchen
L	Finanzamt Bremerhaven	Schifferstr. 6-8	Unternehmensstandort	Bremerhaven
L	Finanzamt München IV	Deroystr. 4	Unternehmensstandort	München
L	Finanzamt Braunschweig - Altewiekring	Altewiekring 20	Unternehmensstandort	Braunschweig
L	Finanzamt Altenkirchen Hachenburg	Tilmannstr. 8	Unternehmensstandort	Hachenburg
L	Finanzamt Hilpoltstein	Spitalwinkel 3	Unternehmensstandort	Hilpoltstein
L	Arbeitsgemeinschaft Finanzamt Eisleben	Bahnhofsring 10A	Unternehmensstandort	Lutherstadt Eisleben
L	Finanzamt Schorndorf	Johann-Philipp-Palm-Str. 28	Unternehmensstandort	Schorndorf
L	Finanzamt Haldensleben	Jungfernstieg 37	Hauptsitz	Haldensleben
L	Finanzamt Sulingen	Hindenburgstr. 16	Unternehmensstandort	Sulingen
L	Finanzamt	August-Bebel-Str. 2	Hauptsitz	Bad Salzungen
L	Finanzamt Wunsiedel	Sonnenstr. 11	Unternehmensstandort	Wunsiedel
L	Finanzamt Borna	Brauhausstr. 8	Unternehmensstandort	Borna

Quelle: Upik.de

Selbstverständlich könnte man auch auf den Gedanken kommen, mal nach dem Finanzministerium NRW zu suchen. Ob man fündig werden würde? Mal sehen.

Wir geben einfach mal die 342032197 bei der UPIK.de Suche ein und schauen was das Unternehmensverzeichnis ausspuckt.

Finanzministerium Land Nordrhein-Westfalen UPIK-Nr.. 342032197

UPIK® Datensatz - L

L	Eingetragener Firmenname	Land Nordrhein-Westfalen (Finanzministerium NRW)
	Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	
L	D-U-N-S® Nummer	342032197
L	Geschäftssitz	Jägerhofstr. 6
L	Postleitzahl	40479
L	Postalische Stadt	Düsseldorf
	Land	Germany
W	Länder-Code	276
	Postfachnummer	
	Postfach Stadt	
L	Telefon Nummer	021149722750
	Fax Nummer	
	Name Hauptverantwortlicher	
W	Tätigkeit (SIC)	7389

Quelle: Upik.de

Das Finanzministerium Land Nordrhein-Westfalen befindet sich einem Unternehmensregister. Ob dort auch andere Finanzministerien aufgelistet sind?
Wir schauen bei der UPIK.de Suche, nach dem Suchbegriff Finanzministerium in Deutschland.

Trefferliste zur UPIK® Suche

Um zur Detailansicht der Geschäftspartnerinformationen zu gelangen, müssen Sie auf einen Unternehmensnamen klicken.

L	Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern	Erich-Schlesinger-Str. 37	Niederl./Filiale	Rostock
L	Hessisches Ministerium der Finanzen	Friedrich-Ebert-Allee 8	Hauptsitz	Wiesbaden
L	FINANZMINISTERIUM MECKLENBURG-VORPOMMER	Schloßstr. 9-11	Hauptsitz	Schwerin
L	FINANZMINISTERIUM MECKLENBURG-VORPOMMER	Möllner Str. 13	Niederl./Filiale	Rostock
L	Finanzministerium des Landes Baden-Wuerttemberg	Schloßplatz 4	Hauptsitz	Stuttgart
L	Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen	Kruppstr. 110-112	Niederl./Filiale	Düsseldorf
L	Thüringer Finanzministerium	Ludwig-Erhard-Ring 1/2	Niederl./Filiale	Erfurt
L	Finanzministerium des Landes Baden-Württemberg	Sautierstr. 24	Niederl./Filiale	Freiburg im Breisgau
L	Finanzministerium des Landes Baden-Württemberg	Klosterhof 11	Niederl./Filiale	Calw
L	Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein	Friedrich-Ebert-Str.	Niederl./Filiale	PINNEBERG
L	Finanzministerium des Landes Baden-Württemberg	Schloßraum 22a	Niederl./Filiale	Bruchsal
L	Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen	Heidestr. 10	Niederl./Filiale	Minden
L	Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen	Eindhovener Str. 71	Niederl./Filiale	Viersen
L	Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen	Bahnhofplatz 6	Niederl./Filiale	Schwelm
L	Thüringer Finanzministerium	Ludwig-Erhard-Ring 7	Hauptsitz	Erfurt
L	Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein	Herzog-Adolf-Str. 1	Niederl./Filiale	HUSUM
L	Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern	Am Gorzberg 11	Niederl./Filiale	Greifswald, Hansestadt

Quelle: Upik.de

Sind Verwaltungen nichts weiter als Firmen?

Man kann auch andere Merkamle benutzen, um Firmen zu erkennen. Zum Beispiel die Steuer-ID. Man erkennt an Ihr, wer steuerpflichig sein soll.

Bevor wir uns einigen Unternehmen widmen, eben kurz die „offizielle" Auskunft des Bundesamtes für Steuern: www.BZST.de.

Wer ist antragsberechtigt? **(die UST-ID ist gemeint)**
Antragsberechtigt sind:
Unternehmerinnen und Unternehmer im Sinne des § 2 UStG,
juristische Personen, die nicht Unternehmerin oder Unternehmer sind oder die Gegenstände nicht für ihr Unternehmen erwerben, wenn sie die USt-IdNr. für innergemeinschaftliche Erwerbe benötigen.

Was ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Vergabe?
Eine Vergabe der USt-IdNr. durch das Bundeszentralamt für Steuern erfolgt unter der Voraussetzung, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung Ihre Unternehmereigenschaft nachgewiesen wird. Dieser Nachweis wird durch Übermittlung der hierfür erforderlichen Daten durch das zuständige Finanzamt an das Bundeszentralamt für Steuern erbracht. Die Datenübermittlung erfolgt in der Regel automatisch mit der Registrierung als Unternehmerin oder Unternehmer.

Quelle:
http://www.bzst.de/DE/Steuern_International/USt_Identifikationsnummer/FAQ/FAQ_Vergabe_USt_IdNr/Vergabe_FAQ_node.html

Körperschaften des öffentlichen Rechts, wie Städte, Gemeinden, Landes- oder Kreisverwaltungen etc. fallen wohl nicht darunter.
OK, wer ist denn nicht steuerpflichtig in diesem Sinne? Um das zu klären beschauen wir uns, wer steuerpflichtig sein soll. Also schnell mal ein Blick ins Körperschaftssteuergesetz geworfen:

Körperschaftssteuergesetz
§ 1 Unbeschränkte Steuerpflicht
(1) Unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtig sind die folgenden Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben:
1. **Kapitalgesellschaften** (insbesondere Europäische Gesellschaften, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung);
2. **Genossenschaften** einschließlich der Europäischen Genossenschaften;
3. **Versicherungs- und Pensionsfondsvereine auf Gegenseitigkeit;**
4. **sonstige juristische Personen des privaten Rechts;**
5. **nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts;**
6. **Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts.** .

Quelle: Bundesministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/kstg_1977/__1.html

Verwaltungen sind keine Unternehmen, die eine UST-ID brauchen! Aber schauen wir uns mal den §2 der Gewerbesteuerdurchführungsverordnung an, sprich die Durchführungsverordnung zum Gewerbesteuergesetz von 1936.

Gewerbesteuergesetzdurchführungsverordnung

§ 2 Betriebe der öffentlichen Hand

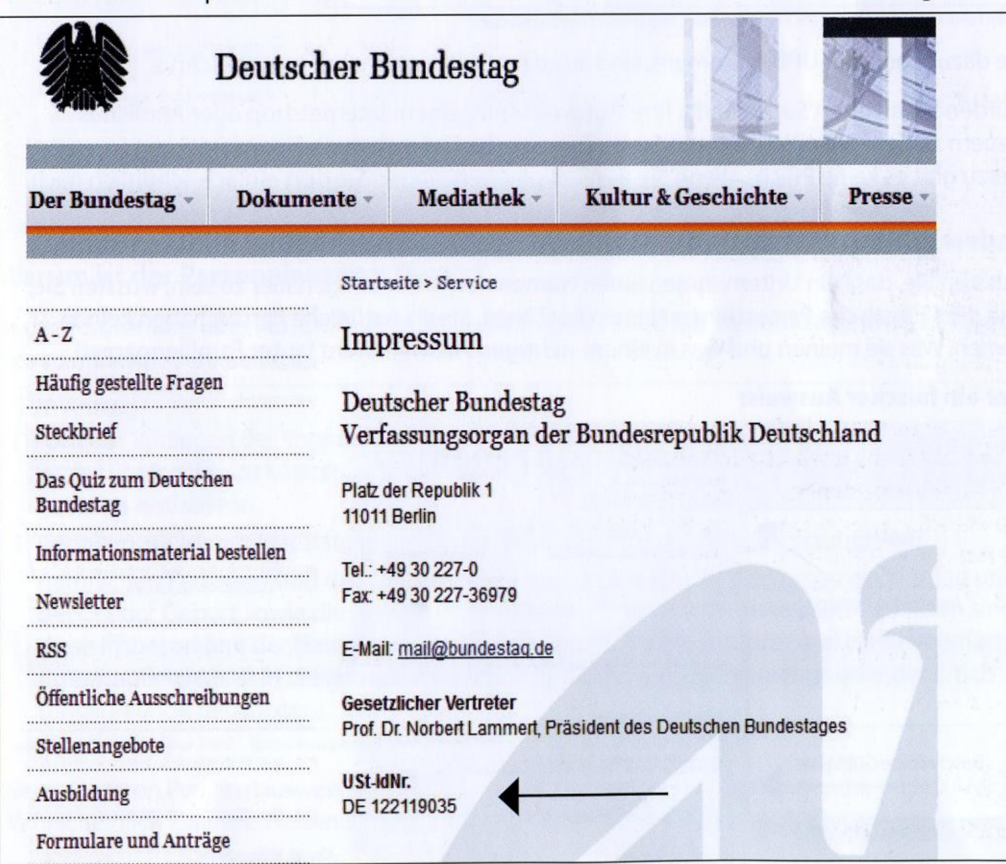
(1) [1] **Unternehmen** von juristischen Personen des **öffentlichen Rechts** sind gewerbesteuer pflichtig, wenn sie als stehende Gewerbebetriebe anzusehen sind; für den Umfang des Unternehmens ist § 4 Abs. 6 Satz 1 des Körperschaftsteuergesetzes entsprechend anzuwen den. 2Das gilt auch für Unternehmen, die der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas, Elektrizität oder Wärme, dem öffentlichen Verkehr oder dem Hafenbetrieb dienen.

(2) [1] **Unternehmen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts**, die überwiegend der Ausübung der **öffentlichen Gewalt** dienen (Hoheitsbetriebe), gehören unbeschadet der Vorschrift des Absatzes 1 Satz 2 **nicht zu den Gewerbebetrieben**. [2] Für die Annahme eines Hoheitsbetriebs reichen Zwangs- oder Monopolrechte nicht aus.

Quelle Bundesministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/gewstdv_1955/__2.html

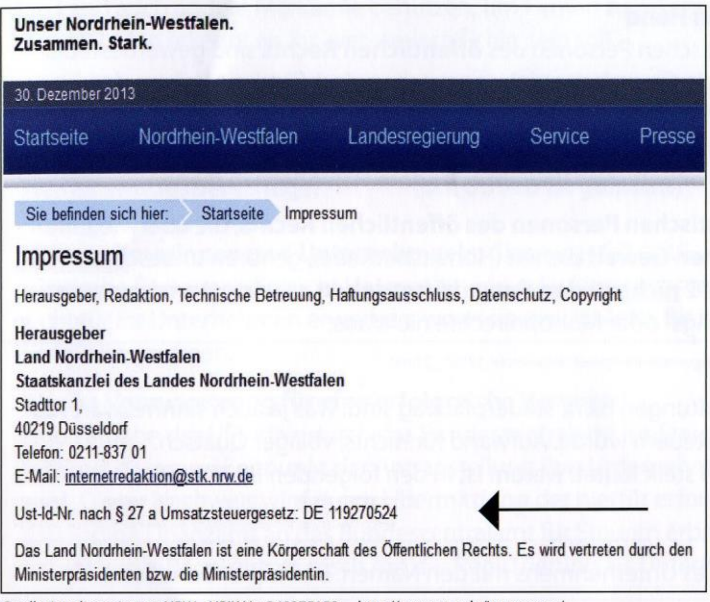
Hier wird bestätigt, dass Verwaltungen nicht steuerpflichtig sind. Was ja auch sinnfrei wäre, da man sich dadurch ja selber besteuern würde. Aufwand für nichts, völliger Quatsch.
Die Frage, die sich dann jedoch stellt lautet: warum ist in den folgenden Bildern eine Ust-ID zu sehen ? ? ?

Hier ein Bild des Impressums des Unternehmens mit den Namen: Deutscher Bundestag



Quelle: Bundestag BRD UPIK Nr.: 332620814 http://bundestag.de/service/impressum/index.html

Hier ein Bild des Impressums des Unternehmens mit dem Namen
Landesregierung Nordrhein-Westfalen



Unser Nordrhein-Westfalen.
Zusammen. Stark.

30. Dezember 2013

Startseite Nordrhein-Westfalen Landesregierung Service Presse

Sie befinden sich hier: Startseite Impressum

Impressum

Herausgeber, Redaktion, Technische Betreuung, Haftungsausschluss, Datenschutz, Copyright

Herausgeber
Land Nordrhein-Westfalen
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
Stadttor 1,
40219 Düsseldorf
Telefon: 0211-837 01
E-Mail: internetredaktion@stk.nrw.de

Ust-Id-Nr. nach § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 119270524

Das Land Nordrhein-Westfalen ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts. Es wird vertreten durch den Ministerpräsidenten bzw. die Ministerpräsidentin.

Quelle: Landesregierung NRW UPIK Nr.: 340375158 http://www.nrw.de/impressum/

Die dazugehörigen UPIK Nummern, sind aus dem UPIK Unternehmensverzeichnis.

Würden Sie an Ihren Supermarkt, Ihre Autowerkstatt, einem Internetshop oder Ähnliches Steuern zahlen? Nein? Warum tun Sie es dann an das Unternhemen Finanzamt?
Hierzu gibt es keine Pflicht. Wenn Sie es nicht glauben, fragen Sie dort einfach schriftlich nach.

Anderes Unternehmensrecht das einem irgendwie auch keiner erklären kann.

Wussten Sie, dass ein Unternehmen einen Namen hat? Oder um genauer zu sein: wussten Sie, dass eine juristische Person einen Namen hat? Nein, Sie als natürliche Person haben keinen Namen. Was sie meinen und was in einem richtigen Ausweis steht lautet Familienname!!

Hier ein falscher Ausweis:



Quelle: Wikipedia.de

Nachweislich falscher Ausweis (Beweisführung im Weitern erbracht) der immer erneut Kosten verursacht.

Hier ein richtiger Ausweis:



BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Staatsangehörigkeitsausweis

Vorname(n), Familienname, Geburts

geboren am

Wohnort

ist deutsche(r) Staatsangehörige(r).

Dieser Ausweis gilt bis zum

-entfällt-

Ort, Datum

Anklam, den 24.02.2009

Landkreis Ostvorpommern
-Die Landrätin-

Im Auftrag
Scheffler

LANDKREIS OSTVORPOMMERN

Familienname nicht NAME

Staatsangehörigkeitsausweise haben keine Gültigkeitsdauer

Quelle: Wikipedia.de

Warum ist der Personalausweis falsch ?

In der Verordnung über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis ist Folgendes zu finden:

§ 28 Antrag

(1 Um das Vorliegen der Voraussetzungen des § 21 Absatz 2 Satz 1 des Personalausweisgesetzes überprüfen zu können, muss ein Antrag nach § 21 Absatz 1 Satz 1 des Personalausweis gesetzes enthalten:

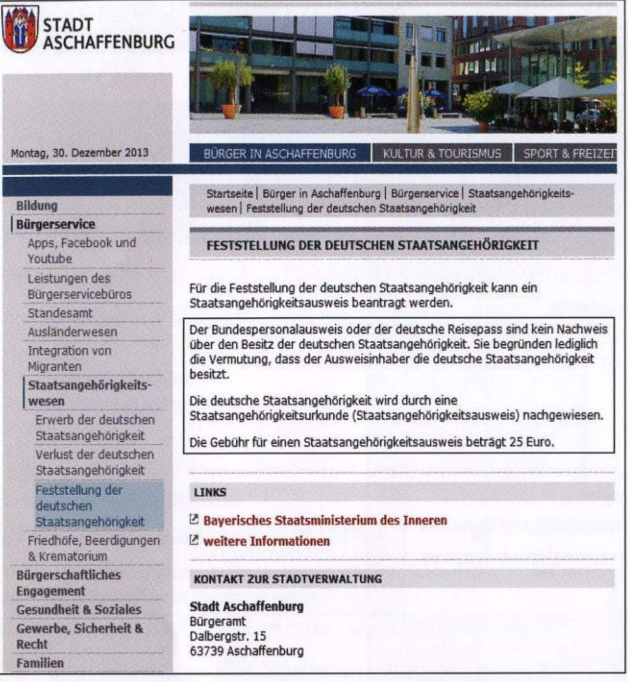
1 Angaben zur Identitätsfeststellung von **juristischen** und natürlichen Personen; bei natürlichen Personen sind dies insbesondere der Familienname, die Vornamen, der Tag und der Ort der Geburt sowie die Anschrift der Hauptwohnung; bei **juristischen Personen** sind diese insbesondere der **Name**, die Anschrift des Sitzes, die Rechtsform und die Bevollmäch tigten; außerdem ist in diesem Fall eine Kopie des Handelsregisterauszugs oder der Errich tungsurkunde beizulegen;

Quelle: Bundeministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/pauswv/__28.html

Wenn Sie Ihren Personalausweis anschauen, was ist dort vermerkt? Familienname oder NAME? Wahrscheinlich Zweites. Weisen Sie sich somit als natürliche oder juristische Person aus?

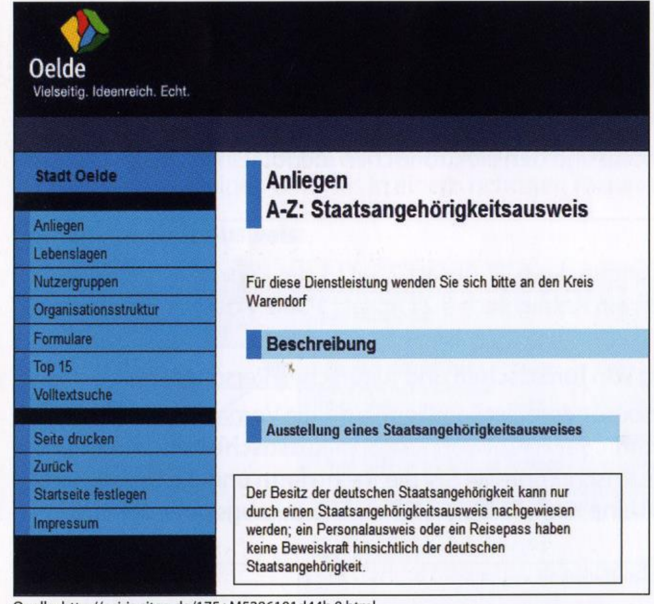
Der Perso hat noch weitere Fehler. Viele glauben, dass er z.B. die deutsche Staatsangehörigkeit nachweist. Leider tut er dies nicht. Das meinen zumindest einige Institutionen der BRD.

Die Stadt Aschaffenburg – Bayern schreibt:



Quelle: http://www.aschaffenburg.de/de/Buerger_in_Aschaffenburg/Buergerservice/Staatsangehoerigkeits_wesen/Feststellung_der_deutschen_Staatsangehoerigkeit/normal/badc/index.html

Die Stadt Oelde (NRW) meint hierzu kurz und treffend:



Quelle: http://osiris.citeq.de/175+M5286101d44b.0.html

Zur Wiederholung:

Der BRD-Reisepass oder der BRD-Personalausweis sind KEIN Nachweis, dass Sie Deutscher oder Deutsche sind. Sie können die deutsche Staatsangehörigkeit NUR mit einem Staatsangehörigkeitsausweis nachweisen !

Warum ist der Staatsangehörigkeitsausweis richtig ?

Mit dem Staatsangehörigkeitsausweis wird beurkundet, dass Sie Deutscher oder Deutsche sind. Des Weiteren werden Sie als natürliche Person ausgewiesen, da auf dem Staatsangehörigkeitsausweis Ihr Familienname vermerkt wird. Dies anstelle eines NAMENS. NAMEN weisen Unternehmen / juristische Personen aus.
Geben Sie ihren Personalausweis einfach gegen einen Einzugsnachweis zurück und beantragen Sie einen Staatsangehörigkeitsausweis. Die Kosten belaufen sich auf einmalig 25€ und der Staatsangehörigkeitsausweis hat eine lebenslange Gültigkeit. Nie wieder neue Kosten oder Gerenne zum Amt.
Ihren Personalausweis müssen Sie sowieso zurückgeben. Er ist ja falsch – zumindest gemäß Personalausweisgesetz.

> PAuswG: Personalausweisgesetz
> § 5 Ausweismuster; gespeicherte Daten
>
> (2) Der Personalausweis ausschließlich folgende sichtbar aufgebrachte Angaben über den Ausweisinhaber·
>
> **1. Familienname und Geburtsname,**
> 2. Vornamen,
>
> **10. Staatsangehörigkeit,**

Quelle: Bundesministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/pauswg/__5.html

Komisch ist, dass auf dem Perso steht: Staatsangehörigkeit DEUTSCH. Der Personalausweis aber keine Staatsangehörigkeit ausweist (siehe Stadt Oelde bzw Stadt Aschaffenburg).

Aber gucken wir mal weiter. Vielleicht finden wir ja noch etwas im Personalausweisgesetz.

> § 27 Pflichten des Ausweisinhabers
> (1 Der Ausweisinhaber ist verpflichtet, der Personalausweisbehörde unverzüglich
> 1 den Ausweis vorzulegen, wenn eine Eintragung unrichtig ist,

Quelle: Bundesministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/pauswg/__27.html

> § 28 Ungültigkeit
> (1 Ein Ausweis ist ungültig, wenn
> 1 er eine **einwandfreie** Feststellung der Identität des Ausweisinhabers nicht zulässt oder verändert worden ist,
> 2. **Eintragungen** nach diesem Gesetz fehlen oder – mit Ausnahme der Angaben über die Anschrift oder Größe – **unzutreffend sind** oder

Quelle: Bundesministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/pauswg/__28.html

Ob das auch für Beamte wichtig ist? Natürlich ja!

Es ist wichtig weil im Bundesbeamtengesetz Folgendes geregelt ist:

> § 7 Voraussetzungen des Beamtenverhältnisses
> **(1) In das Beamtenverhältnis darf berufen werden, wer**
> **1. Deutsche oder Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes ist,** oder die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder
> 2. die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten, und
>
> **(2) Wenn die Aufgaben es erfordern, darf nur eine Deutsche oder ein Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes in ein Beamtenverhältnis berufen werden.**

Quelle: Bundesministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/bbg_2009/__7.html

Der Staatsangehörigkeitsausweis weist jemanden gem. Artikel 116 Grundgesetz als Deutschen aus. Hat der Beamte keinen Staatsangehörigkeitsausweis, stimmt hier wohl etwas nicht.

Folgender Gesetzestext ist auch nicht zu vernachlässigen:

> Personalausweisgesetz
> § 1 Ausweispflicht; Ausweisrecht
> **(1) Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) sind verpflichtet, einen Ausweis zu besitzen**, sobald sie 16 Jahre alt sind und der allgemeinen Meldepflicht unterliegen oder, ohne ihr zu unterliegen, sich überwiegend in Deutschland aufhalten.

Quelle: Bundesministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/pauswg/__1.html

Man ist also verpflichtet einen Ausweis zu besitzen, wenn man nach 116(1) GG Deutsche/r ist. Aber der Perso weist einen nicht als Deutschen aus. Das tut nur der Staatsangehörigkeitsausweis. Ziemlich viel Zufall oder? Ein Schelm ist, wer Böses denkt mal wieder!!!

Falls Sie Zweifel haben, ob Sie innerhalb der BRD als Deutsche/r gelten, können Sie sich kostenlos an das Bundesverwaltungsamt wenden. Dort fordern Sie einfach eine Selbstauskunft aus dem ESTA-Register an.

> **Register EStA - Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten**
> Das Bundesverwaltungsamt führt das Register, in dem alle seit 28.08.2007 von deutschen Staatsangehörigkeitsbehörden getroffenen Entscheidungen gesammelt und gespeichert werden (Rechtsgrundlage: § 33 Staatsangehörigkeitsgesetz).
>
> E-Mail: EStA@bva.bund.de
> **Telefon:** 0228 99-358-4172 bzw. 0221-758-4172

Quelle: Bundesverwaltungsamt http://www.bva.bund.de/DE/Themen/Staatsangehoerigkeit/RegisterEStA/registeresta-node.html

Wo gilt ein Gesetz eigentlich? - oder - Ist der Solidaritätszuschlag wirklich rechtens?

Der Geltungsbereich eines Gesetzes regelt, wo dieses gilt. Dies im Hinterkopf behaltend, schauen wir uns mal nächsten Text an.

> **Bekanntmachung des Schreibens der Präsidentin der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. August 1990 und des Beschlusses der Volkskammer vom 23. August 1990 über den** Beitritt **der Deutschen Demokratischen Republik zum** Geltungsbereich **des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland**
>
> EinigBeitrBesBek
>
> Ausfertigungsdatum: 19.09.1990
>
> Beschluß
>
> der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über den **Beitritt** der Deutschen Demokratischen Republik **zum Geltungsbereich** des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. August 1990
>
> Die Volkskammer erklärt den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum **Geltungsbereich des Grundgesetzes** der Bundesrepublik Deutschland gemäß **Artikel 23** des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990. Sie geht dabei davon aus,
> daß die Beratungen zum Einigungsvertrag zu diesem Termin abgeschlossen sind,
> die Zwei-plus-vier-Verhandlungen einen Stand erreicht haben, der die außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Einheit regelt,
> die Länderbildung soweit vorbereitet ist

Quelle: Bundesministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/einigbeitrbesbek/gesamt.pdf

Dieser Bekanntmachung ist zu entnehmen, das in Artikel 23 des Grundgesetzes der Geltungsbereich definiert ist. Wie der Name schon sagt, wird mit dem Geltungsbereich eines Gesetzes angegeben **WO** es gilt. Kein Geltungsbereich **KEIN** Gesetz, das rechtskräftig und somit bindend ist.

In einem Mietvertrag ist ja auch genau geregelt, welche Wohnung, Auto, LKW, Anhänger oder was auch immer gemietet wird.

Die DDR ist dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beigetreten, so steht es ja vorab. Wollen wir dann mal einen Blick in den so genannten Einigungsvertrag werfen? Na, ahnen Sie es schon?

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag)

EinigVtr
Ausfertigungsdatum: 31.08.1990

Art 4 Beitrittsbedingte Änderungen des Grundgesetzes

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird wie folgt geändert:

1 Die Präambel wird wie folgt gefaßt: "Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk."

2. Artikel 23 wird aufgehoben.

Quelle: Bundesministerium der Justiz http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/einigvtr/gesamt.pdf

Der Artikel 23 des Grundgesetzes wird aufgehoben. Somit hat das Grundgesetz, keinen Geltungsbereich mehr, der **IM** Gesetz steht. Ein Geltungsbereich **MUSS IM** Gesetz stehen.
Eine Vorspeise gehört ja auch nicht zum Hauptgereicht oder eine Vorankündigung ist ja auch nicht der Hauptbeitrag.
Wenn also die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beigetreten ist und es diesen Geltungsbereich nicht mehr gibt, was bedeutet dies den Beitritt betreffend?
Und muss man dann noch nach all den Jahren einen Solidaritätszuschlag abführen, wenn die Grundlage für den Soli nichtig ist? Wohl nicht! Der Soli beträgt übrigens jeden Monat 5,5% des Einkommens.

Das Wichtigste zum Schluss

Ein Beamter muss sich legitimieren, sprich ausweisen können. Hierzu MUSS er einen AMTsausweis haben. Ein DIENSTausweis reicht zu Legitimation nicht. Er ist ja schliesslich BeAMTer und nicht Bediensteter.

Er muss benennen können, wo die Gründungsurkunde des Bundeslandes dem er angehört verwahrt wird und einzusehen ist.

Er muss benennen können, wo die Gründungsurkunde der Bundesrepublik Deutschland verwahrt wird und einzusehen ist.

Da er ja behauptet ein Beamter zu sein und diese Behauptung darauf aufgebaut ist, einen Staat zu vertreten, muss er auch einen rechtlichen Beweis erbringen können, dass seine Behauptung stimmt. **Kann er dies nicht, ist er wohl auch kein BeAMTer.**

Er muss einen Staatsangehörigkeitsausweis besitzen.

Es gibt keine Gründungsurkunden der Bundesländer und es gibt auch keine Gründungsurkunde der BRD. Somit ist fraglich, ob es wirklich Beamte mit Beamtenrechten und -zuständigkeiten überhaupt gibt, oder?

Nichts Glauben! Alles selber Prüfen!


Unwissenheit
Vertuschung
Macht
Recht
Geld